

ver.di

vau

UNSERE ZEITUNG FÜR DIE
BERLINER FINANZÄMTER

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links

10. Februar 2022

ver.di-Gesprächsreihe mit der Abteilungsleiterin III Susanne Klose

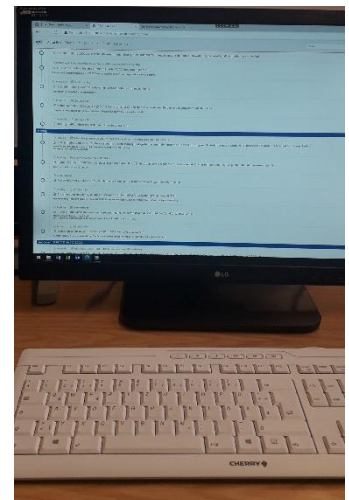
IT-Belastung erreicht Grenze der Zumutbarkeit

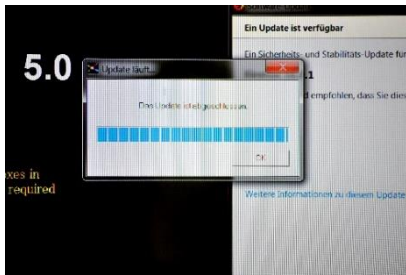
Die Vertreter des ver.di-Fachvorstands Steuerverwaltung Eric Lausch und Jörg Bewersdorf sind am 09.02.2022 im Vorfeld eines Gesprächs mit dem neuen Finanzsenator Daniel Wesener erneut mit der Abteilungsleiterin III, Susanne Klose, zu einem Meinungsaustausch zusammengekommen, um aktuelle Fragen und Problemstellungen aus den Finanzämtern zu erörtern.

„Die Beschäftigten fühlen sich durch ständig neue Anwendungen und die damit verbundenen Materialien und Umgehungslösungen extrem belastet.“

Mit diesen Worten leitete Eric Lausch ein Thema ein, dass uns als gewerkschaftliche Interessenvertreter inzwischen immer häufiger erreicht. Zum Teil wurde uns in geradezu dramatischen Worten geschildert, dass die Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern die vielen Programmeinspielungen und Updates kaum noch bewältigen können und häufig am Ende ihrer Belastungsgrenze stehen. Insbesondere die Informationsflut trägt zu diesen Belastungen bei. Die Beschäftigten fühlen sich häufig nicht mehr in der Lage, Wichtiges von Unwichtigem zu trennen und die Informationen nutzbringend für ihre tägliche Arbeit aufzunehmen. Diese Einschätzung haben Eric Lausch und Jörg Bewersdorf ohne jede Schönfärberei an die Abteilungsleiterin III, Frau Klose, weitergegeben. Frau Klose räumte ein, dass ihr diese Situation durchaus bewusst sei. Sie warb aber auch für Verständnis dafür, dass weder SenFin noch das TFA für die Masse an Programmen und Informationen verantwortlich sei. Der KONSENS-Verbund gebe letztlich vor, wann welche Neuerungen aufzuspielen seien. Auch die gelieferte Qualität könne kaum beeinflusst werden. Hier regten die ver.di-Vertreter an, diesen Umstand offensiv an die Beschäftigten zu kommunizieren und Neuerungen frühzeitig anzukündigen.

Eric Lausch und Jörg Bewersdorf zeigten Verständnis dafür, dass weder SenFin noch das TFA unmittelbar Einfluss auf die Qualität der KONSENS-Programme haben, dennoch forderten sie von SenFin, die täglichen Einstellungen in das AIS mit Augenmaß vorzunehmen und nur so viel Informationen am Tag zu veröffentlichen, wie auch verkraftbar seien. Frau Klose war mit den ver.di-





Vertretern einer Meinung, dass der Einstellungszeitpunkt besser koordiniert werden sollte. Zudem sollten aus ver.di-Sicht wichtige und ergänzende Informationen vorgefiltert werden. Frau Klose könnte sich dafür eine farbliche Markierung vorstellen. Eine weitere konkrete Anregung ist, mit den Veröffentlichung auch die voraussichtliche Lesezeit anzugeben, wie dies in Medienveröffentlichungen bereits häufig die Regel sei. *„Mit der Angabe der Lesezeit kann sowohl für die Beschäftigten, aber auch für ihre Führungskräfte*

Transparenz dafür geschaffen werden, wie groß der Zeitaufwand tatsächlich ist, um die bereitgestellten Informationen aufzunehmen“, so Jörg Bewersdorf.

Ausbildungsinhalte entschlacken, besser für Einstellungen werben

Natürlich standen auch die Themen Ausbildung und Personalgewinnung wieder auf der Tagesordnung. Die ver.di-Vertreter machten deutlich, dass alles unternommen werden müsse um die geplanten Einstellungszahlen von 270 in der Laufbahngruppe 2.1 und 210 in der Laufbahngruppe 1.2 auch zu realisieren. In diesem Zusammenhang wiesen die ver.di-Vertreter auf den erheblich gestiegenen Personalunterbestand hin. *„Dass in der Quartalsstatistik die Parameter geändert wurden, um den Personalunterbestand auszuweisen, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Unterbestand am 30.09.2021 tatsächlich rund. 515 Stellen betrug,“* so Eric Lausch. Für eine professionelle Werbekampagne, die gezielt für die Steuerverwaltung fortentwickelt werden sollte, müssen ausreichend finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Werbung darf nicht mehr als „Nebenjob“ betrachtet werden. Außerdem forderte Eric Lausch, eine Initiative zu ergreifen um die Ausbildungsinhalte kritisch zu überprüfen und zu entschlacken. *„Angesichts des immer komplizierter werdenden Steuerrechts muss nicht jeder Sonderfall Inhalt der Ausbildung sein, solche Themen müssen den Fortbildungen im jeweiligen Einsatzbereich vorbehalten sein. Es darf nicht darum gehen, bloßes Prüfungswissen einzupauken, das keine Relevanz für die späteren Arbeitsaufgaben hat.“*

Auch bei Telearbeit hat die Aufgabenbewältigung Vorrang

Zum Thema „Telearbeit“ vertrat Susanne Klose die Auffassung, dass die Erledigung der Arbeitsaufgaben auch bei dieser Arbeitsform immer oberste Priorität habe. Telearbeit sei unbestritten ein wichtiges Instrument für eine moderne Verwaltung, dabei sollten Beschäftigte aber kein Anspruchsdenken entwickeln. Jörg Bewersdorf wies darauf hin, dass es sich dabei nur um Einzelfälle handeln dürfte. *„Wir haben vielfältige Aussagen dazu erhalten, dass die Organisation der Telearbeit in den weit überwiegenden Fällen gut gelingt und die Absprachen unter den Teammitgliedern gut funktionieren.“* Und Jörg Bewersdorf weiter: *„Der Umfang von Telearbeit hat sich nicht vorrangig an den Wünschen der Amtsleitungen, sondern immer an den tatsächlichen Verhältnissen zu orientieren. Für mich gilt die Devise „Flexibilität erhalten und Individualität ermöglichen“ in beide Richtungen.“*

Finanzamt Berlin International (FABI)

Hier fragten die ver.di-Vertreter den Stand der Dinge an. Es sei laut Frau Klose geplant, das neue Finanzamt in der Thiemannstraße bis Ende 2022 zu gründen und zunächst mit den bereits in diesem Bereich Beschäftigten aus dem FA Neukölln und zusätzlichen Quereinsteigenden zu besetzen. Sie sicherte zu, dass niemand der aktuell dort Unterstützenden gegen seinen Willen versetzt werden würde. FABI werde ein ganz normales Finanzamt sein mit allen notwendigen Bereichen, das Mitte 2023 rd. 250 Beschäftigte haben könnte, so der ambitionierte Plan.

Leistungsprämien gleichmäßig in allen Finanzämtern

Zum Abschluss wies Frau Klose im Hinblick auf die neue Dienstvereinbarung darauf hin, dass es nicht darauf ankommen darf, in welchem Finanzamt man tätig sei, um eine Prämie zu erhalten. Hier sei noch Überzeugungsarbeit bei einigen Amtsleitungen zu leisten.